

Arbeiterstimme

Am 13. November
führen die Arbeiter bei den Kommunalwahlen
in Sachsen durch die Wahl von Kommunalräten
einen neuen Schlag
als Haupt der Faschisten, Reaktion und ihrer Helfer

Tageszeitung der KPD . Sektion der Kommunistischen Partei Deutschlands
Verbreitungsgebiet Ostsachsen . Beilagen: Der rote Stern . Rund um den Erdball
Bezirk Sachsen
Feuilleton . Das Bild der Woche

8. Jahrgang Dresden, Freitag den 11. November 1932 Nummer 238

Kapitalsknechte entschuldigen sich bei ihren Herren

Die SPD lobpreist ihre „verantwortungsvolle Kommunalpolitik“. Die Werktätigen gehen bei dieser Politik vor die Hunde. Macht Schluß mit den Kapitalstakalen der SPD und der Mittelpartei!

Wählt in allen Gemeinden die Listen der Kommunisten!

Die Dresdner Volkszeitung sagt sich in ihrer gekriegenen Ausgabe fälschlich darüber auf, daß die Kommunisten in den Gemeinden „keine politische Mitarbeit leisten“ und „daß die kommunalistischen Gemeindevorsteher nicht vor den Grenzen der bürgerlichen Geselligkeit zurückzuführen“.

Die konsequent revolutionäre Haltung nennt die Dresdner Volkszeitung schließlich „Wahlinspolitisches“.

Allerdings, die Kommunistische Partei hat nie ein Fehl gemacht, daß

kommunistische Gemeindevorsteher nicht Diener des kapitalistischen Klassenstaates, sondern Beauftragte u. Willensvollstrecker des revolutionären Proletariats

sich, von welchem sie ja schließlich zur Wahrnehmung seiner Interessen gewählt werden! Bei der Sozialdemokratie ist es hingegen anders. Für sie ist die Nichtsanne ihres Handelns der Befehl der Bourgeoisie zur Ausplünderung der Massen.

Nichts trifft die Sozialdemokratie mehr, als z. B. der Versuch der „Verantwortungsvolligkeit“ vor dem kapitalistischen Volkswort. So hat unlängst zum Beispiel der deutschnationalistische Dr. Zoegel einmal auf einer Konferenz bürgerlicher

Gemeindevorsteher der Oberlausitz mächtig über „marxistische Gemeindepolitik“ gemotzt.

Schnell antwortete die Rühener Volkszeitung mit folgender Ergebnisses- und Entschuldigungserklärung:

„Die sozialdemokratischen Gemeindevorsteher wissen sich frei von dem Vorwurf, verantwortungsvolle Kommunalpolitik unterlassen zu haben. Freilich haben sie auch die Interessen der Hilfsbedürftigen wahrnehmen müssen.“

Diese Ansicht werfen gar nicht wie sie sich im Ofen, den Kapitalisten gegenüber ihre Inertheit zu bemerken, selbst ableigen. Inwieweit, wie behaupten die SPD-Führer gern, daß sie immer und zu jeder Zeit gegenüber den Hilfsbedürftigen ihre kapitalistischen Auftraggeber „verantwortungsbewußte Politik“ gemacht haben.

Wollten die Arbeiterlosen hungern, ihre Anträge wurden von der SPD abgelehnt. Es war nach ihrer Meinung ganz in Ordnung, daß Industriebetriebe

mit Gemeindegeldern subventioniert wurden. Für die Arbeiterlosen aber hatten sie kein Geld übrig.

Nach ihrer Meinung waren im Gegenteil alle Kräfte der Kommunisten, die diese im Interesse der Hilfsbedürftigen gehandelt haben, „Mafiosi“!

Der letzte Satz der Volkszeitung ist besonders bezeichnend. Sie entschuldigen sich so quasi, daß sie auch für Hilfsbedürftige hätten eintreten müssen.

Wer aber war bei ihnen Hilfsbedürftig?

„Hilfsbedürftig“ waren bei ihnen die Aktionäre der großen Industriekonzerne. Hilfsbedürftig waren die Fetthäute, für deren Erhaltung - wie es in Dresden geschah (siehe Kapitel Weiber Wirtshaus) - Zehntausende im Jahre gezahlt wurden.

Eine solche „Verantwortung“ für das Wohlgehehen der Beliehenden kennt allerdings die Kommunistische Partei nicht. Die KPD kennt nur eine Verantwortung und das ist die gegenüber dem Proletariat! Die KPD ist die einzige Partei, die ihre Politik nur betreibt im Interesse der Arbeiterlosen und Hilfsbedürftigen und die die Massen zum außerparlamentarischen Kampf für ihre Forderungen mobilisiert.

Deshalb Arbeiter — macht Schluß mit den Kapitalstakalen von der SPD bis zu den Nazis! Kämpft mit der KPD!

Proteststreiks gegen Polizeiblutbad in Genf

Das Maschinenengewehrfeuer auf antifaschistische Genfer Arbeiter wirkte wie ein Alarmsignal auf alle Arbeiter

Genf, 11. Nov. (Fig. Ber.)

In Genf, wo am 8. November die Polizei und mit ihr besonders mobilisierte Truppen mit Maschinengewehrfeuer gegen antifaschistische Arbeiter vorgingen, 12 von ihnen tödlich und über 65 schwer verwundet, antworteten die Arbeiter in zunehmendem Maße mit der Aufnahme des Proteststreiks gegen diese Polizeimassaker, über das wir im einzelnen im Auslandsteil unserer heutigen Ausgabe berichten.

Die Empörung der Massen ist um so größer, als sich die Zahl der Toten mittlerweile auf über 15 erhöht hat und mit dem Ende weiterer Schwerverstletzungen zu rechnen ist. Nachdem von den empörten Arbeitermassen in roter Einheitskonfektion noch während der Nacht kühnste Kundgebungen und machtvolle Demonstrationen durchgeführt worden sind, wurde die Protestbewegung am anderen Tage durch Aufnahme von Streiks verstärkt.

Die Schweizer Behörden haben sofort eine wüste Hetze gegen die Kommunisten entfacht. Die Kommunisten werden verleumert und beschimpft, Massenerhaltungen werden organisiert. Auch in anderen Städten der Schweiz wurden Arbeiter verhaftet, in Lausanne erfolgten sofort nach dem Zusammenstoß 20 Verhaftungen.

Die Truppen sind von den militärischen Stellen in Alarmbereitschaft gestellt und werden als im „aktiven Dienst“ lebend betrachtet, was bei

Verhängung des Ausnahmezustandes geschehen. Der Ruf der Arbeiter nach dem Generalstreik ist allgemein.

Die Schweizer Sozialdemokratie und die Genfer Gewerkschaftsbürokratie haben demgegenüber beschlossen, daß der Generalstreik nicht ausgerufen wird und zudem mit allen Mitteln Proteststreiks zu verhindern.

Die Sozialdemokratie versucht die Generalstreikforderung dadurch umzubiegen, daß sie für den Sonnabend lediglich einen Trauertag angeht hat.

Der Berliner Vorwärts rüdt bezeichnenderweise von den Verhältnissen in Genf ab, was für die Sozialdemokratie besonders fesselschmerzhaft ist.

Die Ereignisse in der Schweiz sind Sturmzeichen. Auch in der Schweiz droht der kapitalistische Niedergang immer mehr die Erschließung der Werktätigen. Die Arbeitslosigkeit wird immer größer und die sozialen Unterdrückungen werden immer mehr abgebaut. Die Bourgeoisie formiert faschistische Organisationen, wie die „Nationale Union“, die den beschleunigten faschistischen Abbau der täglichen Arbeitslosenunterstützung und der übrigen sozialen Leistungen fordern, und mit faschistischen Methoden durchsetzen wollen. Die Schweizer Bourgeoisie will nun mit solchen Methoden, wie sie am 8. November in Genf zur An-

wendung kamen, die Gegenwehr der Arbeiter brechen. Nicht nur in der Schweiz, in allen Ländern wird das Proletariat schärfsten Protest erheben gegen das von den Schweizer Machthabern angerichtete Blutbad.

Telegramm

An das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Schweiz, Zürich!

Im Namen des deutschen Proletariats erheben wir kommenden Protest gegen das Genfer Blutbad der schweizerischen Sozialisten.

Gedenkt in tiefer Empörung über den militärischen Massenmord die engste revolutionäre Solidarität und Verbundenheit mit dem schweizerischen Proletariat.

Antwortet mit der Waffe des Streiks auf den Arbeitermord!

Krieger mit den korrupten kapitalistischen Volksbehörden! Krieger mit dem Militarismus und der Polizeivandalen! Es lebe unser gemeinsamer Kampf! Es lebe die revolutionäre Einheitsfront gegen Reaktion und Konterrevolution!

Zentralkomitee der KPD.

Heute 19.30 Uhr sprechen die Genossen **Ernst Torgler** MdR, **Oettinghaus** und die Stadtverordneten **Gäbel**, **Neuhof** und **Genossin Beyer**, Leipzig, im Reichsadler, Dresden-Neustadt, **Bischofsweg**, **Watzkes Ballhaus**, **Mickica**, und **Keplerheim**, Friedrichstraße, über das Thema:

Wer erkämpft — wer verteidigt soziale Errungenschaften?

Die Sozialdemokratie läßt, wenn sie behauptet, sie habe die sozialen Errungenschaften erkämpft und erhalten um diese Behauptung öffentlich zu beweisen. Wir fordern die Sozialdemokratie bereits Werkzeuge, erscheint in Massen! Wir zeigen, wer für die Interessen der Arbeiterklasse kämpft! Alle Arbeitenden für die Kommunisten! Wählt die Liste der KPD!